EUROPA 01.07.2021 | Martin Gerner

Die andere Katastrophe

In griechischen Flüchtlingslagern ist Bildung Mangelware. Tausende Kinder drohen zu Analphabeten heranzuwachsen.

Die seit Wochen andauernden Schlagzeilen über Push-Backs im Mittelmeer und die anhaltende Kritik an der europäischen Grenzschutz-Agentur Frontex dominieren momentan die Berichterstattung über die europäische Flüchtlingspolitik. Weniger präsent im medialen Diskurs ist derzeit, was sich „an Land“ in den Flüchtlingslagern der griechischen EU-Hotspots abspielt, insbesondere auf Lesbos, wo das Flüchtlingslager Kara Tepe mittlerweile das abgebrannte Lager Moria abgelöst hat. Hier droht im Bereich der Bildung eine weitere Katastrophe. Denn die meisten Kinder von Geflüchteten sind in Griechenland vom Bildungssystem ausgeschlossen, wie auch Menschenrechtsorganisationen zunehmend feststellen.

Fast jeder dritte Lagerbewohner in Kara Tepe ist in schulpflichtigem Alter, jedoch oft ein Jahr und länger nicht mehr ordentlich unterrichtet worden. Das hat zum Teil massive Konsequenzen und kann zu irreparablen Schäden in der kognitiven und sozialen Entwicklung der Kinder führen. Die Corona-Pandemie verschärft ihre prekäre Lage noch. Weil die informelle Bildung in den Lagern kaum vorankommt, drohen Tausende Kinder zu Analphabeten heranzuwachsen. Die EU, ihre Mitgliedstaaten und die UN dürfen deshalb nicht wegschauen.

Eine bessere Koordinierung mit Griechenland tut not, doch auch die Einhaltung bestehender Gesetze muss gegenüber Athen eingefordert werden. Nach drei Monaten sieht das griechische Gesetz für Flüchtlingskinder eigentlich einen Platz in der Schule vor. Dazu kommt es jedoch meist nie. Das Leben der Flüchtlinge ist von Warten bestimmt. Bis zu einem Erstinterview vergehen Monate, bis zum Asylentscheid oft ein bis zwei Jahre.

Das Leben der Flüchtlinge ist von Warten bestimmt.

Wer aber kümmert sich um das Recht auf Schule und Unterricht dieser jungen Menschen? Artikel 22 der Genfer Flüchtlingskonvention garantiert Flüchtlingen

öffentliche Erziehung sowie Zugang zu den gleichen Schulen und Studienmöglichkeiten wie Einheimischen. Zwar haben Griechenland und die Unicef ein Programm für formelle Bildung an griechischen Schulen für Flüchtlinge unterzeichnet, doch die Saat ist offenbar zu frisch, als dass sie nachhaltige Ergebnisse produzieren könnte.

Auch ziehen UN und Athen in Kara Tepe nicht immer an einem Strang, wie man in den vergangenen Monate gesehen hat. Dabei ist die Not jetzt am größten, wie der Fall Moria zeigt. Unsicherheit, Kriminalität und Gewalt griffen dort um sich. In der Brandnacht vom 9. September 2020 kulminierte die aufgestaute Aggression. Sechs mutmaßliche Brandstifter wurden in einem fragwürdigen Justizverfahren dafür jüngst zu zehn Jahren Haft verurteilt.

Die wahren Verantwortlichen für das Desaster in den EU-Hotspots aber sind die EU und ihre Mitgliedstaaten. Zusammen mit Griechenland, den Vereinten Nationen und Hilfsorganisationen haben europäische Instanzen die Verantwortung für die Flüchtlinge über Jahre so lange hin- und hergeschoben, bis sich am Ende niemand mehr zuständig fühlte. Deshalb gehören Moria und Kara Tepe mitsamt der Bildungsnot der Kinder vor einen EU-Ausschuss – ebenso wie die Push-Backs.

Die wahren Verantwortlichen für das Desaster in den EU-Hotspots aber sind die EU und ihre Mitgliedstaaten.

Während Menschen in der Pandemie weltweit digital lernen, haben Flüchtlingskinder auf Lesbos keine derartigen Möglichkeiten. In Moria waren drei Stunden Strom am Tag oft das höchste der Gefühle. Tafeln, Stifte, Papier – alles, was Unterricht ausmacht, gibt es nur als Mangelerscheinung in den Lagern, oft bereitgestellt von Hilfsorganisationen. Bis auf wenige Ausnahmen fehlt es an Internetzugängen. Obwohl technisch möglich, schafft es Europa nicht, den Schutzsuchenden auf Lesbos flächendeckendes WLAN zur Verfügung zu stellen. Dabei besitzen die Menschen im Lager ohne Frage einen Anspruch auf adäquate Kommunikationsmittel. ☒

Die Hilfsorganisation *Stand by Me Lesbos* hat mit einer Partnerorganisation in Kara Tepe zwei ausrangierte Busse zu mobilen Unterrichtsräumen umgebaut: Steuer und Sitzbänke wurden entfernt, eine Trennwand in der Mitte der Busse eingezogen. Klappstühle geben

bis zu neun Schülerinnen und Schülern Platz. Die umgebauten Fahrzeuge bilden einen der wenigen Internet-Hotspots im Lager. Asylpolitik muss aber mehr als nur WLAN-fähig sein. Als Griechenland Mitte Mai die strengen Abriegelungsmaßnahmen für Touristen lockerte, wurden die Menschen in den Flüchtlingslagern weiter unter Verschluss gehalten. Eine unverhältnismäßige Entscheidung. So werden neue Aggressionen provoziert, von denen es im EU-Diskurs ohnehin schon zu viele gibt.

Vom Herbst 2019 bis zum Brand in Moria bauten die visionärsten unter den Flüchtlingen in Moria ein halbes Dutzend unabhängiger „Schulen". Stress, Depression und Gewalt im Lager wurden so zeitweilig zurückgedrängt. Dazu kommt, dass Bildung bei den Eltern der Flüchtlingskinder oberste Priorität genießt. Diese sollen später in Europa eine gute Arbeit finden, unter anderem, um in der Heimat zurückgebliebene Angehörige zu unterstützen. Unterrichtsausfall ist für sie daher ein Worst-Case-Szenario.

Bis auf wenige Ausnahmen fehlt es an Internetzugängen.

Einige der Lehrkräfte im Lager sind selbst Flüchtlinge. Für sie ist es wichtig, sich nützlich machen zu können, denn als Empfänger von Spenden waren sie als Schutzsuchende bislang zur Passivität verdammt. Dies kann tödlich sein, wie leider aufgrund vielfacher Suizidversuche bekannt ist. Den Schutzsuchenden muss deshalb dringend die Chance auf mehr Eigeninitiative gegeben werden, um dem Teufelskreis der Abhängigkeit von Hilfsleistungen zu entkommen.

Konzepte für Integration und Inklusion gibt es auf Lesbos. Der aktuellen Regierung sind sie allerdings politisch fremd. Griechenland sollte keine Flüchtlinge integrieren müssen, erklärte der griechische Minister für Migration und Asyl, Notis Mitarachi, jüngst zur ausbleibenden Solidarität der EU gegenüber Athen. Im Frühjahr protestierten griechische Eltern gegen die Integration von Flüchtlingskindern in öffentliche Schulen. Umgekehrt verteidigen griechische Lehrer die Rechte der Flüchtlingskinder. Ihre Eltern und Großeltern sind im Zuge der ethnischen Säuberungen 1922 oft selbst aus der Türkei vertrieben worden.

Will sich Deutschland solidarisch zeigen, sollte Berlin Athen endlich angemessen zur Seite stehen und mehr als nur kleine Kontingente von Menschen als Notopfer aufnehmen. Bis Ende 2022 soll ein neues, mehrere Millionen Euro teures Flüchtlingslager auf Lesbos entstehen,

diesmal tief im Inneren der Insel. Unter enormen Sicherheitsvorkehrungen und abseits bewohnter Gebiete. Werden die vielen Kinder von Moria dann eine Schule besuchen können? Was ist mit ihrer Chancengleichheit? Und werden sich Einheimische und Flüchtlinge dann überhaupt noch begegnen? Selten waren Widersprüche und das Scheitern Europas offensichtlicher.



Martin Gerner

Martin Gerner ist Autor, Dozent und Deutschlandfunk-Korrespondent für Afghanistan. Er berichtete bereits aus zahlreichen Konfliktgebieten. Zuletzt erschienen seine Bücher „Finding Afghanistan" (modo Verlag) und „Moria.System.Zeugen" (Böhlau Verlag).